

LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2004

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich des

Staatsgerichtshofs

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
10 01	Staatsgerichtshof	4
	Abschluß des Einzelplans	10
	Stellenpläne, Stellenübersichten	13

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 10		2004	2003
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	-	-
1	Eigene Einnahmen	-	-
2	Übertragungseinnahmen	-	-
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	-	-
Gesamteinnahmen		-	-
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	625.100	601.700
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	63.000	53.000
	Ausgaben für den Schuldendienst	-	-
6	Übertragungsausgaben	-	-
7	Bauausgaben	-	-
8	Sonstige Investitionsausgaben	-	-
9	Besondere Finanzierungsausgaben	-	-
Gesamtausgaben		688.100	654.700
Zuschuss / Überschuss		-688.100	-654.700

C. Personalsoll

	Stellen			
	2004	davon Leerstellen	2003	davon Leerstellen
Beamte und Richter	3,0	--	3,0	--
beamtete Hilfskräfte	--	--	--	--
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	--	--	--	--
Angestellte	--	--	--	--
davon Auszubildende	--	--	--	--
Arbeiter	--	--	--	--
davon Auszubildende	--	--	--	--
Zusammen	3,0	--	3,0	--

D. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

**Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2004 EUR	2003 EUR	2002 EUR

10 01 Staatsgerichtshof

Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte kann sich der Staatsgerichtshof der Einrichtungen und personellen Unterstützung des Einzelplans 05 bedienen.

EINNAHMEN

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

112 01	051	Gebühren und Auslagen	--	--	1 000
119 51	051	Vermischte Einnahmen	--	--	--

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
mit Ausnahme für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

235 02	051	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten Vgl. Vermerk bei Titel 422 01.	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Die Zuweisungen öffentlicher Träger für die Neueinstellung von Schwerbehinderten ab dem Jahr 2001 werden künftig direkt bei den Beschäftigungsdienststellen vereinnahmt, soweit dort die entsprechenden Personalausgaben geleistet werden.

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus
Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen;
besondere Finanzierungseinnahmen
(Vermögenswirksame und besondere
Finanzierungseinnahmen)**

359 01	951	Entnahme aus der Personalausgabenrücklage . . . 1. Mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen können Rücklagen, die zur Finanzierung künftiger Personalausgaben gebildet wurden, entnommen werden. 2. Die Einnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung für Personalausgaben im Sinne des § 2 Abs. 1 HG.	--	--	--
381 01	991	Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72 In Höhe der Einnahmen dürfen Mehrausgaben im Kapitel geleistet werden.	--	--	--

Erläuterungen:

Im Falle der erfolgreichen Vermittlung von Personal durch die Personalentwicklungsbörse erhalten die abgebende und die aufnehmende Dienststelle Prämien, die für zusätzliche Ausgaben verwendet werden können.

**Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2004 EUR	2003 EUR	2002 EUR

381 02	991	Zuführungen aus Kap. 03 01 - ATG 83 Vgl. Vermerk bei Titel 422 01.	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Zuführungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesverwaltung.

Gesamteinnahmen	--	--	1 000
----------------------------------	----	----	-------

A U S G A B E N

Personalausgaben

412 01	051	Entschädigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs und der Landesanwaltschaft	373 000	365 000	340 358
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1. Vergütung des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der ständigen Mitglieder des Staatsgerichtshofs 316 800 EUR
2. Vergütung des Landesanwalts 32 400 EUR
3. Vergütung der stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs und des stellvertretenden Landesanwalts 8 000 EUR
4. Reisekosten 15 800 EUR

Zusammen 373 000 EUR
Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf aufgrund gesetzlicher Erhöhung der Entschädigungen.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Laufende Zahlungen -	198 400	192 000	178 564
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1. Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen 198 400 EUR
2. Aufwandsentschädigungen -- EUR

Zusammen 198 400 EUR

422 02	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Einzelzahlungen -	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

422 41	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Leerstellen -	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

427 29	051	Vergütungen der nebenamtlichen Kräfte	49 700	40 700	39 021
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Dienstgeschäfte des Staatsgerichtshofs werden von 4 Beamten, 6 Angestellten und 2 Arbeitern vornehmlich aus der Justizverwaltung mitversehen. Soweit sie hierdurch über ihre normalen Dienstgeschäfte hinaus in Anspruch genommen werden, erhalten sie neben ihren Dienstbezügen eine angemessene Vergütung.
Mehr wegen vorübergehender Beschäftigung von 2 zusätzlichen Kräften (im Nebenamt) im Rahmen der Einführung SAP.

**Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2004 EUR	2003 EUR	2002 EUR
453 01 051	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	4 000	4 000	--
459 05 051	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens/ Ideenmanagements in der hessischen Landesver- waltung	--	--	--
Erläuterungen:				
Prämien nach den Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in der Hessischen Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätzlich eine Geldprämie gewährt.				
461 01 981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben Bei Besoldungserhöhungsgesetzen sind das Ministerium der Fi- nanzen und der Staatsgerichtshof ermächtigt, bereits vor Ver- abschiedung des Gesetzes entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhö- hungsbeträge zu leisten. Der Ansatz ist gesperrt.	--	--	--
Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst				
Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	38 000	38 000	17 848
514 01 051	Haltung von Fahrzeugen	2 000	2 000	1 383
Erläuterungen:				
Kosten für Dienstfahrten des Präsidenten des Staatsgerichtshofs mit den Dienstwagen des Ministeriums der Justiz.				
514 03 051	Verbrauchsmittel	2 000	2 000	--
518 02 051	Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	1 000	1 000	--
Erläuterungen:				
Kosten für die anteilige Leasingrate eines Fotokopiergeräts, das ge- meinsam mit dem Ministerium der Justiz genutzt wird.				
525 61 051	Aus- und Fortbildung	11 000	1 000	--
527 01 051	Reisekosten	2 000	2 000	2 068
529 01 051	Verfügungsmittel	1 000	1 000	250
Erläuterungen:				
Zur Verfügung des Präsidenten des Staatsgerichtshofs für außerge- wöhnlichen Aufwand in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind im ein- zelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.				
536 02 051	Verfahrensauslagen	3 000	3 000	--
Erläuterungen:				
Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf.				

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2004 EUR	2003 EUR	2002 EUR
538 01 051	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	3 000	3 000	--
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
812 02 051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrü- stungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegen- stände	--	--	--
Besondere Finanzierungsausgaben				
917 01 951	Zuführung an das Sondervermögen "Versor- gungsrücklage des Landes Hessen" für Besol- dungsempfänger	--	--	--
Erläuterungen:				
Die Abführungsbeträge werden zentral bei Kap. 17 18 nachgewiesen.				
919 01 951	Zuführung an die Personalausgabenrücklage Über den Anteil des Ressorts am jährlichen Konsolidierungsbei- trag von 61.Mio. EUR hinaus erzielte Einsparungen beim Perso- nal können mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen einer Rücklage zugeführt werden.	--	--	--
Erläuterungen:				
Für alle nicht budgetierten Kapitel des Einzelplans kann hier eine Rück- lage aus den nicht verausgabten Personalmitteln gebildet werden. Die Rücklage soll der Finanzierung zusätzlicher Belastungen im Personalbe- reich in künftigen Haushaltsjahren dienen, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen der Altersteilzeit.				
Gesamtausgaben		688 100	654 700	579 493

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2004 EUR	2003 EUR	2002 EUR

Abschluss Kapitel 10 01

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	--	--	1 000
2	Übertragungseinnahmen	--	--	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
Gesamteinnahmen		--	--	1 000
<hr/>				
4	Personalausgaben	625 100	601 700	557 944
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	63 000	53 000	21 549
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	--	--	--
7	Baumaßnahmen	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	--
Gesamtausgaben		688 100	654 700	579 493
Zuschuss/Überschuss		-688 100	-654 700	-578 493

Abschluss für den Einzelplan 10

Haushaltsjahr 2004

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungs- einnahmen	Vermögenswirk- same und beson- dere Finanzier- ungseinnahmen	Gesamt- einnahmen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10 01	Staatsgerichtshof	-	-	-	-	-
	Insgesamt:	-	-	-	-	-

Persönliche Verwaltungs- ausgaben	Sächliche Verwal- tungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bauausgaben	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (--)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
625.100	63.000	-	-	-	-	688.100	-688.100
625.100	63.000	-	-	-	-	688.100	-688.100

10 Staatsgerichtshof

**STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN**

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

422 01

S T E L L E N P L A N 2004

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2004 (Vorjahr)	
			Aufsteigende Gehälter
A 15	(001)	3	Regierungsdirektor/in Die Stellen dürfen auch mit einem Richter oder Staatsanwalt der Bes.Gr. R 1 oder R 2 ohne Amtszulage besetzt werden.
Zusammen		3	(3)